

Jahres-Medienkonferenz der Kantonspolizei Bern vom 3. März 2009

**Zusammenfassung der Ausführungen
von Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

2008 war für die Kantonspolizei Bern **kein gewöhnliches Jahr**. Nebst der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei Bern galt es noch diverse andere Herausforderungen zu meistern – ich denke etwa an die Fussball-EM im Juni, aber auch an die verschiedenen Grosskundgebungen in der Stadt Bern. Die Kapo hat sich all diesen Herausforderungen gestellt, und sie hat ihre Aufgabe gut gelöst. Nach einem Jahr darf ich mit Befriedigung feststellen, dass das Projekt Police Bern seine **Bewährungsprobe bestanden** hat. Im ganzen Kanton Bern war die Sicherheit stets gewährleistet, im Alltag ebenso wie in besonderen Lagen. Dieser Befund stimmt mich zuversichtlich für die Zukunft. Denn der Weg zur Einheitspolizei ist noch lange nicht zu Ende. Auf Anfang dieses Jahres folgte mit der Integration der Stadtpolizei Biel in die Kapo ein weiterer Meilenstein, und bis Ende 2010 werden auch die übrigen kommunalen Polizeikorps in der Kantonspolizei Bern aufgegangen sein.

Dass ein Integrationsprozess von solchen Dimensionen nicht reibungslos über die Bühne geht, liegt auf der Hand. Die Erfahrungen zeigen denn auch, dass die neuen Abläufe noch nicht überall eingespielt sind und dass organisatorische **Feinanpassungen notwendig** sind. Auch das Zusammenführen der unterschiedlichen Korpskulturen wird noch etwas Zeit brauchen. All das ist bei einer solchen Fusion normal. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Beispiel der Grossbank Crédit Suisse, unter deren Mitarbeitern es noch heute Leute gibt, die sich als Volksbänkler fühlen. Wichtig ist: Der **Anpassungsbedarf wurde erkannt**, und entsprechende Korrekturen sind eingeleitet worden.

Gleichzeitig stelle ich fest, dass unabhängig von Police Bern die **Erwartungen und Anforderungen an die Polizei ständig zunehmen**. Immer wieder bekomme ich von Bürgerinnen und Bürgern zu hören, dass sie sich mehr Polizeipräsenz wünschen, und zwar nicht nur in den Städten. Das gleiche Resultat hat auch eine Umfrage ergeben, die Polizeischüler kürzlich in der Region Bern, in Biel und im Seeland durchgeführt hat. Es ist ganz klar: der Bürger will vermehrt die Polizei sehen. Als kantonaler Polizei- und Militärdirektor kann ich Ihnen versichern, dass ich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ernst nehme – auch wenn die polizeiliche Gesamtbilanz des Jahres 2008 ausgeglichen oder sogar positiv ausfällt. Zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit dürfte nicht zuletzt die Video-Überwachung beitragen, die der Grosse Rat mit seiner überzeugenden Zustimmung zur Änderung des Polizeigesetzes möglich gemacht hat.

Auf der anderen Seite nehmen auch die Anliegen seitens der **Gemeinden**, die Leistungen der Kantonspolizei einkaufen möchten, tendenziell zu. Zurzeit machen wir uns Gedanken darüber, ob und wie die Kantonspolizei Bern all diese Bedürfnisse in Zukunft abdecken kann. Dabei stellt sich auch die Frage, ob gewisse Aufgaben eventuell von Sicherheitsassistenten übernommen werden könnten, die nicht über eine volle Polizeiausbildung verfügen. Wesentlich ist für mich unter dem Strich, dass

das Gewaltmonopol der Polizei nicht angetastet wird. Die Gewährleistung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist und bleibt eine zentrale Aufgabe des Staates. Nur eine gut geführte, staatliche Polizei, für die es die nötigen Kontrollorgane auf parlamentarischer Ebene gibt, kann diese Aufgabe übernehmen, ohne dass Willkür, Rambo-Tum und überbordende Eingriffe in die persönliche Freiheit der Bürger drohen.

Aber auch aus vielen anderen Gründen sind die **Anforderungen an die Kantonspolizei stark gestiegen**. Einige Beispiele dazu:

- Viele **Sportanlässe**, die früher problemlos über die Bühne gingen, erfordern heute den Einsatz von polizeilichen Ordnungsdienst-Kräften. Für die betroffenen Mitarbeiter hat das mitunter zur Folge, dass sie kaum mehr freie Wochenenden haben, die sie mit ihren Familien verbringen können. Es liegt auf der Hand, dass das nicht gerade zur Erhöhung der Attraktivität der Kantonspolizei Bern als Arbeitgeberin beiträgt.
- In vielen Bereichen ist der **Ermittlungsaufwand** in den letzten Jahren enorm gestiegen. So binden etwa die Ermittlungen in den Bereichen Häusliche Gewalt oder Menschenhandel viele polizeiliche Ressourcen. Auch die Revision des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 hat einen beträchtlichen Mehraufwand für die Polizei zur Folge (im Hinblick auf Geldstrafe müssen wirtschaftliche Verhältnisse der Täterschaft geprüft werden).
- Zudem sind viele Ermittlungen **komplexer und damit langwieriger** geworden. Tätergruppen sind heutzutage mobiler und technisch wesentlich besser ausgerüstet als früher. Allein die Auswertung sichergestellter Mobiltelefone kann mitunter Monate in Anspruch nehmen – von modernen Computern und ihren gigantischen Speicherkapazitäten gar nicht zu reden.
- Dazu kommen **neue Aufgaben in den Bereichen Prävention und Ausbildung**, die mit den heute vorhandenen Mitteln kaum mehr zu bewältigen sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Polizei- und Militärdirektion zurzeit daran, eine Vorlage für den Regierungsrat vorzubereiten. Mein Ziel ist es, **dass der Bestand der Kantonspolizei Bern bis ins Jahr 2014 insgesamt um rund 200 Stellen erhöht werden kann** – darin eingeschlossen die Bestandserhöhung im Zusammenhang mit der bereits beschlossenen Nachtzeitgutschrift und der fünften Ferienwoche. Gemessen am heutigen Korpsbestand von rund 2300 Personen entspricht dies einer Aufstockung um ca. sechs Prozent. Dieser Schritt ist unumgänglich, damit die Kantonspolizei ihre Aufgaben auch weiterhin bürgernah und auf hohem, professionellen Niveau wahrnehmen kann. Selbstverständlich bin ich mir bewusst, dass eine solche Forderung schlecht in die gegenwärtige finanzpolitische Landschaft im Kanton Bern passt. Ich bin jedoch überzeugt, dass finanzielle Überlegungen nicht den Ausschlag geben dürfen, wenn es um die öffentliche Sicherheit im Kanton Bern und die Arbeitsbelastung meiner Polizistinnen und Polizisten geht. Anlässlich der Beratung der Motion Meyer im September 2007 hat auch der Grosse Rat die Notwendigkeit einer Bestandserhöhung grundsätzlich anerkannt.

Zum Schluss möchte ich kurz auf ein Thema eingehen, das mir momentan sehr zu denken gibt. Es geht um die **gewaltsamen Auseinandersetzungen rund um grössere Sportveranstaltungen**, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Wie ich bereits erwähnt habe, muss die Kantonspolizei Bern immer öfter auch bei Spielen unterer Spielklassen Ordnungsdienste leisten. Betroffen sind aber nicht nur Polizisten, sondern auch ganz gewöhnliche Bürger. Eltern, die mit ihren Kindern einen Sportanlass besuchen, müssen heutzutage befürchten, zwischen die Fronten zu

geraten und Opfer von gewaltsamen Übergriffen zu werden. Oft sind die Schläger stark alkoholisiert, und in zunehmendem Mass stellen wir neben der breiten, unpolitischen Masse der Fans auch Anhänger der rechts- und linksextremen Szene fest.

Dieser Zustand ist **auf Dauer absolut unhaltbar**. Es kann nicht sein, dass an jedem Wochenende mehrere hundert Polizisten für die Sicherheit rund um Sportveranstaltungen eingesetzt werden müssen. Ich setze alles daran, hier zusammen mit Stadionbetreibern, Clubs und privaten Sicherheitsunternehmen eine Verbesserung zu erzielen. Erste Treffen am runden Tisch haben stattgefunden und gezeigt, dass allenthalben der Wille besteht, das Problem zu lösen. In dieselbe Richtung zielt das Projekt „Sicherheit im Sport“ auf Bundesebene, an dem sich die Kantonspolizei Bern ebenfalls aktiv beteiligt. Zentral ist, dass wir in unseren Bemühungen nicht locker lassen, sondern die eingeleiteten Aktivitäten mit Nachdruck weiterführen.

Dabei muss eines klar sein: Das Problem Gewalt im Sport ist ein **gesellschaftliches Problem und kann nicht von der Polizei allein gelöst werden**. Alle beteiligten Partner müssen begreifen, dass Gewalt im Sport nichts zu suchen hat und dass Übergriffe dementsprechend kompromisslos zu ahnden sind. Die Kantonspolizei ihrerseits wird weiterhin alles daran setzen, Gewalttäter aus der Anonymität herauszuholen und ins Recht zu fassen. Dabei wird sie die Instrumente, die ihr das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit in die Hand gibt, konsequent anwenden. Sprich: Gewalttäter müssen in Zukunft vermehrt damit rechnen, mit einem Rayonverbot belegt und in die Hoogan-Datenbank aufgenommen zu werden. Zudem werden sie umgehend angezeigt und vor Gericht gebracht – so wie es beispielsweise im Zusammenhang mit dem Eishockeymatch EHC Biel – SC Bern vom 22. November 2008 geschehen ist. Zudem müssen auch Stadionverbote und ein allfälliges Alkoholverbot von den Stadionbetreibern konsequent durchgesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass den Gewalttätern nur mit einem entschlossenen Handeln aller beteiligten Partner vor Augen geführt werden kann, dass sie auf dem Holzweg sind. Gleichzeitig ist es entscheidend, dass das Unrechtsbewusstsein auf allen Ebenen gefördert wird. Denn auch hier gilt: hinschauen und nicht wegschauen.